

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.

Leiterstraße 6
39104 Magdeburg

**Die Linke Landesverband
Sachsen-Anhalt**

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgf@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 29. Juni 2026

Antworten an den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. zur Landtagswahl 2026

Sehr geehrte Frau Kannenberg-Bode, sehr geehrte Frau Friederike Ewald,
mit diesem Brief möchten wir Ihnen gerne Ihre Fragen beantworten:

1. Rahmenbedingungen für Gleichstellungsarbeit

Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um eine ressortübergreifende, verbindliche Gleichstellungsstrategie für Sachsen-Anhalt umzusetzen?

Die Landesregierung braucht ein klares Ziel, um die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben. Direkte Steuerungsmöglichkeiten hat sie bei ihrer eigenen Landesverwaltung. Wir wollen sicherstellen, dass Frauen auf allen Ebenen zur Hälfte repräsentiert werden. Aus unseren Kleinen Anfragen heraus konnten wir erkennen, dass Frauen im unteren und mittleren Dienst meistens überdurchschnittlich repräsentiert sind, allerdings weiterhin Führungspositionen mit Männern besetzt sind. Wir wollen Frauen stärker befähigen und ermutigen, ebenfalls Karrieren im gehobenen und Führungsdienst anzustreben und die gesetzlichen Regelungen zur Besetzung der Stellen einhalten. Die Arbeit aller Gleichstellungsbeauftragten auf kommunaler und Landesebene wollen wir stärken. Hierfür wollen wir das aktuell geltende Frauenfördergesetz (FrFG) in ein modernes Gleichstellungsgesetz umwandeln. An der entsprechenden Erstellung eines solchen Gesetzes werden wir mit den Interessensorganisationen mitwirken.

Ferner wollen wir die Landesregierung durch eine Landtagsinitiative beauftragen, das bisherige ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zu evaluieren und zu verbessern. Es soll künftig klare Steuerungsmechanismen und einheitliche Zielvorgaben enthalten sowie ein

bedarfsgerechtes Monitoringprogramm beinhalten. Insbesondere wollen wir eine verbindliche Gesamtstrategie für Gleichstellung entwickeln.

2. Daseinsvorsorge für Frauen* in Sachsen-Anhalt

*Was werden Sie zur Vermeidung und Bekämpfung von Frauen*armut, insb. von alleinerziehenden Frauen*, unternehmen?*

Der Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat aufgezeigt, dass Armut etwas häufiger Frauen (16,7 %) als Männer (15,6 %) betrifft.¹ Ein-Eltern-Familien sind mit 28,9 % besonders stark von Armut bedroht. Gute Löhne und gute Arbeit sind aus unserer Sicht die Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen ein Vermögen aufbauen können und damit unabhängiger von staatlichen Leistungen werden. Wir wollen das Elterngeld in seiner jetzigen Form mindestens erhalten und die Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss abschaffen. Um ebenfalls Kinderarmut entgegenzuwirken, wollen wir eine armutsfeste, eigenständige und sanktionsfreie Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 630 Euro pro Monat für alle Kinder einführen.

Um insbesondere die Situation von Ein-Eltern-Familien zu verbessern, wollen wir ihnen einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld zusprechen. Bei Notfällen müssen Betriebe eine Freistellung bei Lohnfortzahlung zahlen, welche durch den Bund und die Länder ausgeglichen werden. Ferner wollen wir einen Runden Tisch für Ein-Eltern-Familien einführen, damit sie Beschlüsse und politische Entscheidungen auf ihre Wirksamkeit überprüfen können. Langfristig wollen wir ihre Perspektive nutzen, um einen Aktionsplan für Ein-Eltern-Familien zu entwickeln, in dem familienfreundliche Maßnahmen festgelegt werden.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten, insbesondere in Hinblick auf die Geburtshilfe?

Im Allgemeinen wollen wir kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern und die gesundheitliche Versorgung auf dem Land sicherstellen. Im Gesundheitsbereich wollen wir vor allem die Krankenhäuser in die öffentliche Hand überführen, damit Konzerne keine kostenintensiven Bereiche, wie die Geburtshilfe und Kindermedizin, schließen. Zudem wollen wir die geschlechtssensible medizinische Forschung erhalten und fördern. Die bauliche Barrierefreiheit wollen wir erhöhen und dafür Gelder zur Verfügung stellen.

Bezogen auf die Geburtshilfe wollen wir die Beantragung des Elterngelds von der Geburtsurkunde gesetzlich entkoppeln, damit die von den Hebammen ausgestellten Geburtsbescheinigungen für die Antragsstellung herangezogen werden können, um die

¹ Schabram et al. (2026): Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit. Paritätischer Armutsbericht. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.).

Kommunen zu entlasten. Weiter wollen wir die frühen Hilfen inkl. Familienhebammen landesweit stärken und eine Landes-Kinderarztquote einführen.

3. Gleichstellung von Frauen* und Männern* in der Arbeitswelt

Wie adressieren Sie geschlechterstereotype Berufsrollenbilder und deren Einfluss auf die Berufswahlentscheidung?

Kinder und Jugendliche werden im umfangreichen Maße davon geprägt, welche Gender-Normen ihnen zugeschrieben werden. Im 21. Jahrhundert ist das Geschlecht – egal, welche Form dessen betrachtet wird – eine der wegweisendsten sozialen Eigenschaften eines Menschen. Das Geschlecht bzw. geschlechtsbezogene Zuschreibungen haben einen großen Anteil an der Frage, welche Bildung eine Person genießt, wie viel sie später verdienen wird und welchem Arbeitsrisiko sie ausgesetzt ist. Daher muss es der Politik ein großes Anliegen sein, kritisch zu überprüfen, welche Verhaltensweisen und welches Wissen sie fördern will und was ihre Vorstellung einer „idealen“ Gesellschaft ist.

Frauen und Männer besitzen keine naturgegebenen Eigenschaften, die sie besser oder schlechter für bestimmte Berufe qualifizieren. Attribute, wie Durchsetzungsfähigkeit, Fürsorge oder Dominanz werden ihnen in der Kindheit und Jugend bewusst oder unbewusst antrainiert. Für uns Linke ist es ein Kernanliegen, bestehende Vorstellungen über Gendernormen aufzubrechen, soweit sie dem unterdrückenden Patriarchat dienlich sind. Daher wollen wir, dass junge Menschen von klein auf lernen, dass es keine vorgefertigten Rollenmuster gibt, in die sie schlüpfen müssen und dass sie ihr Familien- und Arbeitsleben frei wählen können.

Als Linke wollen wir deswegen bereits in der Kita und der Schule die geschlechtergerechte Pädagogik ausbauen, Fachkräften entsprechende Unterrichtsmaterialien an die Hand geben und die institutionelle Förderung des Kompetenzzentrums geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. ausbauen.

Wie wollen Sie sorgende Personen unterstützen und welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Care-Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen?

Sorgearbeit wird überwiegend von Frauen übernommen, weswegen ihnen bestimmte Räume oder Karriereschritte vorenthalten bleiben. Allgemein gesprochen, wollen wir die Sorgearbeit aufwerten. Wer Kranke pflegt, soll deswegen keinen Nachteil erleiden, sondern ein abgesichertes Leben führen können. Wer anschließend wieder in die Erwerbsarbeit eintreten will, soll hierbei durch gezielte Förderprogramme unterstützt werden. Einen Teil der Sorgearbeit – wie die Betreuung der Kinder – wollen wir institutionalisieren, damit Frauen und Elternteile einer Lohnarbeit nachgehen können. Darüber hinaus wollen wir Kinder und Jugendliche früh besser für Sorgearbeit sensibilisieren, sodass sie im Alltag besser aufgeteilt wird.

Welche Schritte planen Sie, um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie die Betreuungssituation für zu pflegende Personen zu verbessern?

Eltern und Erziehungsberechtigte wollen wir bei der Sorgearbeit entlasten, indem wir Kindertageseinrichtungen und Jugendclubs ausbauen. Da für uns Qualität an erster Stelle steht, wollen wir den Personalschlüssel in den Einrichtungen verbessern, um alle Kinder bestmöglich zu fördern. Hierfür wollen wir verlässliche, stabile Teams und sichere Räume gewährleisten. Die Kinder- und Jugendarbeit wollen wir deswegen umfassend stärken, sodass Heranwachsende selbstständig attraktive Angebote finden können. Weiterhin wollen wir psychosozialer Angebote ausbauen, damit Sorgearbeit professionalisiert wird und Ratsuchende schnell Hilfe finden. Zuletzt sehen wir uns als Gesellschaft in die Pflicht, Sorgearbeit ernst zu nehmen und aufzuteilen. Gerade die Einsamkeit im Alter macht vielen Menschen zu schaffen. Hier wollen wir als Linke Räume und Angebote schaffen, die intergenerationell verbinden. Dadurch wollen wir die Bevölkerung insgesamt in die Pflicht nehmen, Sorgearbeit zu leisten.

Im Bereich der Pflege steht für uns fest, dass sie nicht arm machen darf. Wir engagieren uns für eine Verzahnung von ambulanter Gesundheitsversorgung mit Pflegeeinrichtungen. Einrichtungen zur Pflege dürfen nicht geschlossen werden, da ansonsten die Angehörigen diese Aufgaben unbezahlt übernehmen müssen. Pflegeeinrichtungen wollen wir deswegen konsequent in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführen. Darüber hinaus wollen wir Pflegeeltern beim Bundeselterngeld gleichstellen. Ferner wollen wir eine solidarische Pflegevollversicherung auf Bundesebene einführen, damit pflege bedingte Eigenanteile abgeschafft werden. Die Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung von Kapitalerträgen wollen wir abschaffen, damit starke Schultern mehr tragen. Die Linke will ein Landespflegegeld von mindestens 1.500 Euro pro Jahr einführen. Zuletzt soll das Land Sachsen-Anhalt die Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen vollständig übernehmen, solange es auf Bundesebene keine Pflegereform gibt, die die Pflege zur Vollversicherung macht.

4. Parität & politische Repräsentanz

Welche konkreten Anstrengungen unternehmen Sie innerhalb Ihrer Partei, um Frauen mehr Zugang zu politischen Ämtern zu ermöglichen, und haben Sie dafür konkrete Zielvereinbarungen?*

In § 9 Abs. 1 der Landessatzung heißt es: „Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung bilden ein Grundprinzip des politischen Wirkens der Partei. Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle Parteimitglieder entschieden zu begegnen.“ Ferner möchte Die Linke „die politische Willensbildung von Frauen“ aktiv fördern (§ 10 Abs. 1). Für uns steht fest: „Frauen [sollen] weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden.“

In den Sitzungen ist eine quotierte Redeliste zu führen (§ 10 Abs. 2). Wenn auf einer Versammlung ein Viertel der stimmberechtigten Frauen ein Frauenplenum beantragt, muss die Sitzung unterbrochen werden (§ 10 Abs. 3). In allen Kommissionen, Gremien und Wahlen

sind mindestens zur Hälfte Frauen einzusetzen (§ 10 Abs. 4). Ebenfalls sollen die Vorschlagslisten für die Parlamente zur Hälfte mit Frauen besetzt sein (§ 10 Abs. 5).

Zusätzlich gibt es auf Landes- und Bundesebene die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA. Auf den Parteitag haben wir unabhängige Awareness-Strukturen aufgebaut und sensibilisieren unsere Genoss*innen bezüglich dieses Themas kontinuierlich. In all unseren Dokumenten und Beschlüssen versuchen wir, konsequent zu gendern und die Perspektive von Frauen und FLINTA*-Personen miteinzubringen. Frauen und FLINTA*-Personen werden von uns gezielt angesprochen, um sich auf Mandate oder Führungspositionen zu bewerben. Zudem ist es bei uns grundsätzlich üblich, Doppelspitzen aus Männern und Frauen zu installieren. In den Gremien versuchen wir, digitale Beteiligungsformate anzubieten, um ebenfalls Elternteilen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen.

Ebenso haben wir einen umfassenden Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt entwickelt.²

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die politische Teilhabe von Frauen und die Vertretung von deren Anliegen im parlamentarischen Prozess stärken?*

Die Linke will, dass alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts die gleichen Chancen auf eine Führungsposition haben. Dazu gehört, dass wir die bisherigen Strukturen und Besetzungsverfahren kritisch evaluieren und ggf. nachsteuern müssen. Wir wollen mit einem Paritégesetz für Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Hälfte der Landtagsmandate und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind. Bei Anhörungen in Ausschüssen und Gremien wollen wir darauf hinwirken, dass mindestens zur Hälfte Frauen und ebenfalls wichtige Organisationen, die die Perspektiven von Frauen und Familien einbringen, angehört werden. Als Fraktion werden wir den engen Draht zu den Frauenorganisationen aufrechterhalten und weiter pflegen. Ferner sind in den Fraktionen der Linken grundsätzlich 50 Prozent Frauen vertreten. Darüber hinaus wollen wir das Frauenfördergesetz (FrFG) in ein modernes Gleichstellungsgesetz reformieren. Hierdurch wollen wir die Rechte von Gleichstellungsbeauftragten stärken und außerdem darauf achten, dass es alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt.

5. Gewaltschutz und Antidiskriminierung

Wie wollen Sie ein flächendeckendes barrierearmes Hilfesystem in Sachsen-Anhalt im Sinne des Gewalthilfegesetzes etablieren, das für alle Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt zugänglich ist?

Das Gewalthilfegesetz (GewHG) hat erstmals einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder geschaffen. Ziel des Gesetzes ist es, „vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu schützen, bei

² <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/>

geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu intervenieren, deren Folgen zu mildern sowie präventiv tätig zu werden.“ (§ 1 Abs. 1). Es gliedert sich in die Bereiche Nachsorge, Prävention und Vernetzungsarbeit.

Um ein flächendeckendes barrierearmes Hilfesystem in Sachsen-Anhalt sicherzustellen, bedarf es eines konsequenten, regelmäßigen Austauschs mit der Bundesebene. In dieser Legislaturperiode konnten wir darauf hinwirken, dass der Eigenbetrag für Schutzsuchende des Frauenhauses gesenkt wird. Langfristig wollen wir den Eigenbetrag abschaffen und zudem die Mindestanzahl an Frauenhausplätzen, die nach der Istanbul-Konvention empfohlen werden, etablieren. Ebenfalls wollen wir Frauenhäuser finanziell besser ausstatten und bedarfsgerecht renovieren. Flächendeckende Angebote für Frauen und Mädchen mit Behinderung(en), die von häuslicher Gewalt betroffen sind, wollen wir schaffen. Für alle Gewaltschutzprojekte wollen wir eine institutionalisierte Förderung einrichten. Die Eingruppierung der Mitarbeitenden wollen wir überprüfen, um eine Schlechterstellung zu vermeiden. Außerdem werden wir der Bundesregierung empfehlen, die Wohnsitzauflagen für geflüchtete Frauen bei Gewalt auszusetzen. Ferner wollen wir die Gewalt-Präventionsangebote umfassend ausbauen, da sie der beste Schutz gegen Gewalt sind.

Was werden Sie tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und rassistischen, sexistischen und antifeministischen Einstellungen entgegenzuwirken?

Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit sind Werte, die Die Linke seit jeher vertritt. Europaweit und darüber hinaus werden rechtspopulistische Oberhäupter gewählt und die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten verschieben sich spürbar. Der neue Wunsch nach politischer Führung ist Auswuchs eines jahrzehntelang durchtrainierten Neoliberalismus, der von den Menschen immer mehr abverlangt, ihnen aber immer weniger wiedergibt. Das oberste Ziel muss es daher sein, diesen Kreis zu durchbrechen und ein anderes Wirtschafts- und Arbeitssystem zu etablieren, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an Profiten.

Auf Landesebene wollen wir umfassende Maßnahmen auf den Weg bringen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wir wollen das aktive Wahlalter auf 14 Jahren senken, damit ebenfalls junge Menschen an unserer Politik partizipieren können. Die Quoren für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide wollen wir senken, damit die Menschen in Sachsen-Anhalt mehr direkte Demokratie umsetzen können. Zudem wollen wir neben dem Petitionsausschuss eine oder einen Bürgerbeauftragten schaffen, der oder die Beschwerden über die öffentliche Verwaltung entgegennimmt und bearbeitet. Um dem Rechtsextremismus entgegenzusetzen, wollen wir demokratischer Beteiligungsstrukturen in jeder Kommune schaffen. Mobile Beratungsteams unterstützen Kommunen beim Umgang mit rechtsextremen Akteuren. Durch den Ausbau kommunaler Strukturen schützen wir ebenfalls Bürgermeister*innen, Freiwillige und Engagierte.

Die Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt leistet einen unverzichtbaren Beitrag für unser Land. Das Ehrenamt kann aber nur unter sicheren und vertrauensvollen Bedingungen stattfinden.

Deswegen wollen wir ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts auf den Weg bringen, das einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte sowie ein Kommunalbudget enthält. Zudem wollen wir die ehrenamtlichen Mitglieder der kommunalen Vertretungen (Fraktionen) besser finanziell ausstatten.

Darüber hinaus wollen wir die politische Bildung, gerade im online Bereich und im ländlichen Raum, entschieden stärken. Die Linke will erreichen, dass jeder Jugendliche bis zum Ende der allgemeinbildenden Schulzeit mindestens einmal eine Gedenkstätte der NS-Diktatur besuchen kann und die Wahrnehmung von Angeboten der politischen Bildung durch das neue Bildungszeitgesetz unterstützt wird. Die freiheitliche Religionsausübung werden wir gewährleisten und sicherstellen, dass alle Religionsgemeinschaften gleichberechtigt existieren können. Wir wollen den Austausch mit allen Religionsformen aufrechterhalten und fundamentalistische Religionsausübung entschieden bekämpfen. Hierdurch wollen wir die verschiedenen Formen der Extremismen eindämmen und pluralistische Werte näherbringen.

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen möchten Sie voranbringen, um digitale Gewalt zu verhindern und Angebote für Betroffene und Fachkräfte des Hilfesystems nachhaltig zu implementieren?

Insbesondere Frauen sind von Hass im Netz betroffen. Sie werden aufgrund ihres Geschlechts m. u. beleidigt, sexualisiert und ihnen wird ihr Frausein abgesprochen. Die Linke sieht sich in der Pflicht, der Radikalisierung Einhalt zu gebieten. Wir wollen die Beratungsstellen gegen Hass im Netz wollen wir stärken und ausbauen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag, um das Thema im öffentlichen Diskurs aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus wollen wir Anlaufstellen für Betroffene und Opfer von Hassnachrichten im Land ausbauen. Die Polizei und Justiz wollen wir dahingehend sensibilisieren, Hass im Netz besser zu erkennen und ahnden zu können. Ferner setzen wir uns dafür ein, die Konzerne und Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, jegliche Art des Hasses und der Gewalt entschieden einzudämmen. Hier wollen wir insbesondere stärker auf die EU-Ebene stärker hinwirken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads 'Jan Röttschke'.

Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer

